



Interview mit Prof. Dr. Sergio Rossi,
Universität Freiburg

«vielen unternehmen fehlte eine strategie»

Welche Faktoren beeinflussen unser Wirtschaftssystem? Sergio Rossi, ordentlicher Professor für Makroökonomie und Geldpolitik, über Negativzinsen, einen Lösungsansatz und den «Brexit».

TEXT: JULIE FREUDIGER FOTOS: DIEGO SALDIVA

Laut Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich oder Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wird sich die Schweizer Wirtschaft etwas erholen. Ist eine Trendwende in Sicht?

Frühindikatoren sind meiner Meinung nach in der aktuellen Situation nicht wirklich aussagekräftig. Sie sind vor allem auf ein stabiles Wirtschaftssystem anwendbar – doch momentan ist dieses sehr volatil. Man hat das Gefühl, die Eurokrise kenne kein Ende. Unsicherheit macht sich breit, Unternehmen investieren nicht mehr. Dadurch stagniert der Arbeitsmarkt, was wiederum die Privathaushalte verunsichert, sodass diese zu sparen beginnen. Der Konsum sinkt. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Masseneinwanderungsinitiative von 2014. Es ist nicht klar, wie der Bundesrat die Initiative umsetzen wird und was die Auswirkungen sein werden. Auch hier: Die Unternehmen warten mit Investitionen. Und ohne Investitionen gibt es keine neuen Arbeitsplätze und kein Wachstum.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat als Massnahme zum starken Franken Negativzinsen eingeführt. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung?

Aus meiner Sicht ist das eine schlechte Geldpolitik. Der Franken wird nicht wirklich geschwächt, aber die Massnahme trifft alle – auch die Pensionskassen und die Sparer, die keine Zinsen auf ihr Ersparnis erhalten. Und die Banken können die Kredite an die Unternehmen nicht zu tieferen Zinsen vergeben, da sie durch den Negativzins selbst Verluste machen. Dadurch sind die Kredite für Unternehmen oft zu teuer hinsichtlich des geringen Gewinns, der aktuell erwartet werden kann. Meiner Meinung nach destabilisiert die Negativzinspolitik der SNB den Finanzplatz.

Was ist Ihre Lösung gegen den starken Franken?

Vor einiger Zeit habe ich vorgeschlagen, eine Mikrosteuer auf den Devisenhandel mit Schweizer Franken einzuführen. Denn 97 Prozent der Transaktionen mit diesem haben nichts mit dem Handel zu tun, sondern sind Devisenankäufe, oft im sogenannten Hochfrequenzhandel, bei dem Computer innerhalb von Sekundenbruchteilen Wertpapiere kaufen oder verkaufen. Dieser Handel erhöht den Frankenkurs. Eindämmen liesse er sich durch eine Mikrosteuer, die zudem um die fünf Milliarden Franken einbringen



Prof. Dr. Sergio Rossi:
«Die Industrie benötigt Unterstützung vom Staat.»



würde – Geld, das man in die KMU investieren könnte.

Was müsste ausserdem für die Schweizer KMU unternommen werden?

Erstens müsste man eine «Industriepolitik» etablieren. In der Schweiz haben wir eine liberale Wirtschaftspolitik, der Markt soll sich also selbst regulieren. Aber die Industrie braucht Unterstützung vom Staat, indem dieser klare Richtlinien vorgibt. Ein Beispiel ist das Thema erneuerbare Energien: Da es vonseiten der Politik an Vision und Klarheit fehlt, investieren Unternehmen in diesem Bereich nur zögerlich. Was man aber auch sagen muss: Ein Teil der Unternehmen hat sich die Misere selbst zuzuschreiben. Denn während der Jahre des Mindestkurses hätten sie eine Strategie dafür finden müssen, was zu tun ist, wenn dieser aufgehoben wird – der Euro wird noch länger unter 1.10 Franken bleiben.

Und was ist der zweite Punkt?

Man muss dafür sorgen, dass die Mittelklasse eine hohe Kaufkraft hat, um den Konsum zu fördern. Dazu muss das Einkommen umverteilt und müssen die Einkommensunterschiede reduziert werden. Viele Leute verdienen weniger als der Durchschnittslohn. Das heisst, es gibt immer mehr Leute, deren Kaufkraft nicht steigt, obwohl die Produktivität der Unternehmen wächst. Konsequenz: Der Konsum sinkt.

Was sind die Folgen des «Brexit» für die Schweiz und ihren Finanzplatz?

Die Hauptkonsequenz für die Schweizer Wirtschaft: eine grosse Unsicherheit,

was die Dauer und die Modalitäten des Austritts anbelangt, sowie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Die Unternehmen, die im britischen Markt und in der EU aktiv sind, werden daher weniger investieren. Es sollte sichergestellt werden, dass Grossbritannien schnell aus der EU austritt, ohne dass andere Länder dem britischen Beispiel folgen. All dies wird den Druck auf den Schweizer Franken erhöhen. Aber: Der Schweizer Finanzplatz könnte Kapital anziehen, das man aus Grossbritannien abzuziehen versucht.

Wie könnte man die Situation wieder stabilisieren?

Die EU sollte schnell ein Freihandelsabkommen mit Grossbritannien unterzeichnen, um die europäischen Investoren und Unternehmen zu beruhigen. Dadurch könnte auch die Schweiz die Gespräche mit der EU über das Freizügigkeitsabkommen positiv abschliessen. Langfristig ist es unerlässlich, dass die EU ihr Führungssystem und die Wirtschaftspolitik ändert. Sie muss den Leuten beweisen, dass sie im Sinne des Gemeinwohls und im Interesse der Bevölkerung handelt. Denn durch die Kürzungspolitik in vielen EU-Ländern erhalten immer mehr die Parteien Stimmen, die mehr nationale Souveränität verlangen oder gar den EU-Austritt. Wenn dies nicht ändert, wird das Projekt der EU-Gründerväter definitiv begraben. Europa wird dann sein geopolitisches Gewicht in der Weltwirtschaft komplett verlieren.

Die im Interview gemachten Aussagen entsprechen der Meinung des Interviewten und müssen nicht die Position der Valiant Bank AG widerspiegeln.